

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 031/2014 (DBK)

Auftrag Beat Künzli (SVP, Laupersdorf): Lehrplan 21 - so nicht (19.03.2014)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Einführung des Lehrplans 21 zu unterbinden. Es soll ein neuer Lehrplan ausgearbeitet werden, welcher die Harmonisierung wo möglich unter den Kantonen zwar berücksichtigt, jedoch nicht einem derartigen Monstrum - entwickelt von realitätsfernen Bildungsbürokraten - gleichkommt. Das Ganze ist massiv zu redimensionieren und dem Willen des Kantonsrates, nämlich dem beschlossenen Reformmoratorium im Bildungsbereich, ist bedingungslos Folge zu leisten.

Begründung (19.03.2014): schriftlich.

Die Auftraggeber unterstützen eine dahingehende - auch in der Verfassung geforderte - Harmonisierung, welche das Ziel hat, den Leistungsvergleich zwischen den Kantonen zu optimieren und den Umzug von einem Kanton in den anderen zu vereinfachen.

Der nun vorliegende Entwurf schiesst aber deutlich über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung der Ziele pro Bildungsstufe hinaus und will die Lehrerbildung reglementieren und Lehrmittel vereinheitlichen, womit ein von oben durchgesetztes Bildungs-, Unterrichts- und Lehrerverständnis vorgegeben werden soll.

Der viel zu umfangreiche und zu philosophisch-akademische 557-seitige Lehrplan 21 sollte auf Einfachheit, Verständlichkeit und den pädagogischen Praxisbezug ausgerichtet, redimensioniert und entschlackt werden. Die Lehrer, die Eltern und die Wirtschaft müssen ein praxistaugliches Instrument zur Vergleichbarkeit und Messbarkeit von Leistungen bekommen, keine philosophisch ausgeklügelte und aufgeblähte Funktionärsarbeit, die auf internationalen und europäischen Standards basiert, welche in Bezug auf Berufstauglichkeit keine qualitativen Bildungssysteme vorzuweisen haben. Im Rahmen der Entschlackung sollte sich der Lehrplan auf Kernfächer und nicht auf die ausufernde und unübersichtliche Kompetenzsystematik stützen, welche nicht einmal unter Fachkreisen eine einheitliche Interpretation vorweisen kann. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ gilt es, viel mehr Zeit zum Üben und Verinnerlichen des behandelten Stoffes einzuberechnen. Dies alleine garantiert, dass die Schulabgänger die lebens- und berufstauglichen Grundlagen, wie beispielsweise Lesen, Schreiben und Rechnen (einfache Dreisätze, Berechnung von Volumen etc.) beherrschen.

Für die Auftraggeber hat die Volksschule klar die basisorientierte Berufs- und Lebenstauglichkeit der Schüler zum Ziel. Gerade deshalb muss die vermittelte Schulbildung auf die Bedürfnisse der Berufswelt ausgerichtet werden. Die im Lehrplan 21 präsentierten Kompetenzerwartungen sind dagegen zu akademisch ausgestaltet und vielfach zu abgehoben.

Der Lehrplan 21 ist aus Sicht der Auftraggeber auf die Vertherapeutisierung der Schule ausgerichtet, in welchem viele Spezialisten zusammen im Team-Teaching unterrichten sollen. Der Lehrer wird zum reinen Stoffvermittler und Coach degradiert. Der Lehrplan 21 schafft somit auch weitere Grundlagen zur Verkomplizierung und Bürokratisierung des Lehrerberufes und des Schulbetriebes. Die Schule wird damit zu einer hoch organisierten Organisationseinheit umfunktioniert, welche korrekte und moralische Menschen hervorbringen sollte.

Für einmal ist man sich von Links bis Rechts einig: Dieser Lehrplan taugt nicht.

Im Kanton Baselland gehen die Grünen gar soweit, dass sie mit einer Initiative den Austritt aus dem „HarmoS-Konkordat“ fordern. Dies mit der Begründung: Zitat: „Treten wir aus HarmoS aus, müssen wir den Lehrplan 21 nicht übernehmen!“

Der Kanton Solothurn tut also gut daran, die Weichen ebenfalls rechtzeitig zu stellen. Denn laut Aussagen der Regierung will sie die Planung bereits im Jahr 2014/15 vorantreiben. Die fächerübergreifenden Themen, zumeist mit ideologischen, nicht mit fachlichen Motiven in den Vordergrund gestellt, betreffen insbesondere gender-politische, menschenrechtliche, rechtsstaatliche und ökologische Themen und versuchen, auf die kulturell identitätsbezogene Sphäre der Gesellschaft einzuwirken, wie etwa auf die allgemeine Lebensführung oder das Sexualverhalten.

Erste massive Entgleisungen zum sogenannten „Aufklärungsunterricht“ nach Lehrplan 21 wurden mittlerweile bereits bekannt durch empörte Schüler im Kanton Basel-Stadt.

Die Verwendung des Begriffes „Gender“ ist problematisch. Die Geschichte des Begriffes zeigt, dass er stark ideologisch besetzt ist. Diese ideologische Besetzung gehört nicht in den Lehrplan einer Volksschule. Das wäre eine klare Diskriminierung Andersdenkender. Dies und andere Themen aus dem Entwurf zum Lehrplan 21 wurden bereits in der Konsultation zum Lehrplan von fast allen Parteien und Verbänden heftig kritisiert.

Die Volksschule soll die Privatsphäre und Eigenverantwortung achten und sich auf solide Grundlagen wie Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und beispielsweise Geschichte konzentrieren.

Die massive Kritik am Lehrplan 21 von wissenschaftlicher Seite, von Praktikern (Lehrerverbände, Lehrergruppierungen), vieler Eltern und Unternehmer darf von der Politik nicht länger ignoriert werden.

Obwohl die Schülerzahl im Kanton Solothurn zwischen 2004 und 2012 von 30'200 auf 25'800 gesunken ist (-15%), stiegen die Ausgaben für die Volksschule in der selben Zeitperiode von 371 Mio. auf 424 Mio. Franken an (+14%)! Pro Schüler stiegen somit die Nettoausgaben von ca. 12'200 Franken auf 16'400 Franken (+34%) innerhalb nur 8 Jahren!

Ebenfalls ist in der Verwaltung ein Anstieg des Aufwandes innert 8 Jahren von 7,8 Mio. auf 15,2 Mio. zu verzeichnen, und dies wohlgernekt bei stark abnehmenden Schülerzahlen. Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb bei immer weniger Schülern der Verwaltungsaufwand unaufhörlich steigt.

Der neue Lehrplan 21 löst weitere enorme Kosten aus, ohne einen pädagogischen Mehrwert zu schaffen. Es ist erneut mit einem grossen, administrativen Aufwand und damit mit neuen Kostenfolgen zu rechnen (Weiterbildungen, Unterrichtsmaterial, Lehrmittel, etc.), so dass der Trend zu einer nicht mehr finanzierbaren Volksschule anhält.

All das geschieht nicht in einem Vakuum, sondern auf dem Hintergrund reformmüder Schulleitungen, Lehrpersonen und Eltern sowie knapper Kantonsfinanzen. Für die Auftraggeber sind Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit des Lehrplanes 21 – nebst den inhaltlichen Angaben – nicht realistisch.

Unterschriften: 1. Beat Künzli, 2. Roberto Conti, 3. Thomas Eberhard, Christian Imark, Christian Werner, Hugo Schumacher, Hansjörg Stoll, Tobias Fischer, Fritz Lehmann, Albert Studer, Rolf Sommer, Johannes Brons, Manfred Küng, Walter Gurtner, Colette Adam, Claudia Fluri, Beat Blaser, Leonz Walker (18)